

IN KÜRZE

DJK SPORTFREUNDE

Handballer suchen neue Mitspieler

Die Handball-Männer der DJK Sportfreunde Leverkusen suchen neue Mitspieler und locken mit einem Angebot: Dreifach Geimpfte, die zum Verein stoßen, zahlen ein halbes Jahr keinen Beitrag. Das Training findet dienstags um 20 Uhr in der Sporthalle des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums an der Morsbroicher Straße 77 statt. Fragen beantwortet Jürgen Schülter unter ☎ 0172 / 269 03 64. (dre) www.djkleverkusen.de

SPENDE

Apotheke sammelt 2500 Euro für Hospiz

Das Hospiz Leverkusen freut sich über eine Spende von der Bahnhof-Apotheke in Küppersteg. Bei der Dezember-Aktion spendeten Kundinnen und Kunden der Apotheke, der Betrag wurde von der Besitzerin Katharina Strohschein-Ngomo, wie schon in den Jahren zuvor, auf einen Betrag von 2500 Euro verdoppelt. Das Geld soll für Fortbildungen der ehrenamtlichen Trauerbegleiterinnen und Trauerbegleiter des Hospizes zum Einsatz kommen. (dre)

FORUM

Jazz trifft Videokunst bei „Grenzgänger“

Das „Volker Heuken Sextett“ tritt am Freitag, 18. Februar, um 19.30 Uhr mit der Künstlerin Sascha Banck in der Reihe „Grenzgänger“ im Agam-Saal des Forums, Am Büchelter Hof 9, auf. Banck unterlegt die zeitgenössischen Klänge des Sextetts live mit Visuals. Karten kosten 21 Euro, ermäßigt 12,30 Euro, und können unter ☎ 0214 / 406 41 13 oder online reserviert werden. (dre) www.kulturstadt-lev.de

ATS-BEGEGNUNGSSTÄTTE

Kreativer Mal-Workshop für Kunstinteressierte

„Maltopf – Entdecken Sie den Künstler in sich“ heißt es am Mittwoch, 16. Februar, von 14.30 bis 17.30 Uhr in der ATS-Beggnungsstätte, Theodor-Gierath-Straße 4. Mit oder ohne Erfahrung können Interessierte unter Anleitung ihre Motive mit Acryl zu Papier bringen. Die Teilnahme kostet 7,50 Euro. Es gilt die 2G-Regel. (dre)

TOPOS

Vintage Blues & Boogie Piano im Jazzclub

Christian Christl präsentiert im Topos an der Hauptstraße 134 am Samstag, 19. Februar, die zweite Ausgabe seiner musikalischen Reihe „Vintage Blues- und Boogie Piano“. Ab 20 Uhr sind Lieder und Geschichten aus der frühen Zeit des Blues- und Boogie-Pianos zu hören. Der Eintritt kostet 15 Euro, ermäßigt zwölf Euro. (dre)

HIER BLITZT ES



In Leverkusen wird die Geschwindigkeit an folgenden Stellen gemessen: Alte Landstraße, Am Stadtpark, Bergische Landstraße, Berliner Straße, Charlottenburger Straße, Düsseldorfer Straße, Friedenberger Straße, Gezelinallee, Küppersteger Straße, Montessoriweg, Olof-Palme-Straße, Rathe-naustraße, Reuschenberger Straße, Rüttersweg, Sandstraße und Willy-Brandt-Ring.

BUND sieht Systemmängel in Bürrig

Abwasser-Experte Kröfges kritisiert das Konzept, sich im Notfall auf Tanks des Klärwerks zu verlassen

VON THOMAS KÄDING

Am Donnerstag wird sich die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins mit den Folgen der Explosion bei Currenta befassen. Eine Gelegenheit für den Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), sein großes Unbehagen über den Umgang mit dem Löschwasser zum Ausdruck zu bringen. Denn mit der Einleitung von bisher mehr als 30 000 Tonnen eines Cocktails aus Lösch- und anderem Abwasser aus dem Bürri-ger Klärwerk ist die Naturschutz-Organisation überhaupt nicht einverstanden. Besonders im Fokus: 9500 Kubikmeter Wasser, die in den ersten Tagen nach Explosion und Großbrand in den Rhein abgelassen wurden. Darin befanden sich erhebliche Mengen des weitgehend verbotenen Insektengifts Clothianidin.

Über die Einleitung der hoch belasteten Mixtur wurde bis kurz vor Weihnachten nichts bekannt, im Gegenteil: Mehrfach hieß es sowohl vom Landesumweltministerium als auch von Currenta, es sei keinerlei Löschwasser in den Strom gelangt. Später war dann von einer „akuten Notlage“ die Rede. Bei Currenta wurde befürchtet, dass starker Regen die Kapazität der Auffangtanks überschreiten könnte. Dann hätte die Gefahr bestanden, dass nachlaufendes belastetes Wasser direkt in die benachbarte Kläranlage gerät und diese dann umkippt.

Dazu muss man wissen, dass alles, was vom Bürri-ger Gelände kommt, zunächst durch das Klärwerk und erst dann in den Rhein geleitet wird. Die Entscheidung, das Wasser in den Rhein abzulassen und nicht etwa mit Tankwagen wegzufahren, hat Currenta getroffen – die Aufsichtsbehörden wurden danach „informiert“, wie Technik-Chef Hans Gennen zuletzt am Montag im Stadtrat mitteilte. Für die Tankwagen-Lösung hätte man 500 Fahrzeuge gebraucht – nicht machbar unmittelbar nach der Katastrophe, so Gennen.

Für Paul Kröfges, den BUND-Experten für Abwasser, ist die von Currenta ins Feld geführte Notlage nur der Beweis für einen eklatanten Mangel des Bürri-ger Entsorgungszentrums. Dort würden keine Tanks für Löschwasser vorgehalten. Vielmehr



Tanks, in denen Löschwasser aufgefangen kann, gibt es nur im Klärwerk, nicht am Ofen. Eine Schwachstelle, so der BUND. Foto: Ralf Krieger

verlasse sich der Chempark-Betreiber auf die Behälter, in denen das belastete Abwasser aus dem Chempark aufgefangen wird, um es mit dem aus den Haushalten zu vermischen, die vom Wupperverband entsorgt werden. Kröfges’ Einschätzung: Currenta sei vor allem deshalb in Not geraten, weil „kein Volumen mehr für die Aufnahme des ständigen Abwasserstromes aus dem Chempark vorhanden war“. Das sei ein weiterer Beleg dafür, dass die Löschwasserkonzeption für die Sondermüll-Verbrennungsanlage in Bürri-ger „völlig unzureichend ist und letztlich nur auf der zeitweisen Rückhaltung in den Stapeltanks, die Teil der Kläranlage sind, basierte“. Man müsse nun klären, wer für diesen Mangel im System eigentlich verantwortlich sei: Currenta, die Genehmigungsbehörde, beide? Oder die Gesetzeslage?

Tatsächlich habe Currenta das Thema Löschwasser-Auffangkapazität nun in den Blick genommen, sagte am Montagabend Chempark-Chef Lars Friedrich im Stadtrat. „Auf längere Sicht“ könne es in diesem System Änderungen geben. Das Thema Löschwasser an sich ist jedoch nicht neu für Currenta: Beim Großbrand bei Momen-tive am 12. November 2016 fielen



„Es lagen keinerlei Erkenntnisse vor, welche Schadstoffe nach Passage der Kläranlage zu erwarten wären

Paul Kröfges, BUND-Abwasserexperte

20 000 Tonnen Löschwasser an und konnten nicht komplett aufgefangen werden: Ein Teil lief über den Kai; daraufhin wurde vorsichtshalber Rheinalarm ausgelöst. Nach dem Großbrand in Bürri-ger am 27. Juli unterblieb das: Currenta und das Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucher argumentieren mit Messergebnissen, nach denen Schwellenwerte etwa für das Insektengift Clothianidin nicht erreicht worden seien.

BUND-Experte Kröfges wird bei der Internationalen Rhein-konferenz am Donnerstag aber darauf hinweisen, dass zwar mit dem Einleiten am 28. Juli die Stichproben begonnen, Analyse-ergebnisse damit aber „frühestens und nicht unbedingt vollständig ab dem 30. Juli“ vorgelegen haben. „Außerdem dauert der Aufenthalt des behandelten Wassers in dieser Kläranlage circa zwei Tage.“ Dies bedeutet nach seinen Worten, dass während der Einleitung der 9500 Kubikmeter „Ereigniswasser“ keinerlei Erkenntnisse vorlagen, welche Konzentrationen und welche Schadstoffe nach Passage der Kläranlage zu erwarten wären. Auch war unklar, ob die Analyse alle Schadstoffe würde erfassen können. Grund genug für Rheinalarm.

2012 ERWEITERT

Vor knapp zehn Jahren wurde die Kapazität der Bürri-ger Sondermüll-Verbrennungsanlage deutlich auf insgesamt 279 000 Tonnen im Jahr erhöht. Tatsächlich verbrannt werden können dort bis zu 264 000 Tonnen. Die Erweiterung hat die Kölner Bezirksregierung am 29. Oktober 2012 genehmigt. In den beiden Drehrohröfen, dem Herzstück der Anlage, können seitdem 120 000 statt zuvor 80 000 Tonnen Chemiemüll pro Jahr verbrannt werden. Dazu können im Jahr bis zu 90 000 Tonnen Schlamm, 24 000 Tonnen Abwasser und Abwasserkonzentrate sowie 30 000 Tonnen Heizöl und Heizöl-Ersatzstoffe in der Anlage verbrannt werden.

Genehmigt wurde im Herbst 2012 auch die Erweiterung des Bunkergebäudes für die Öfen um eine weitere Kammer, eine Lagerhalle für Abfälle, eine Abfüllanlage für kleine Müllgebinde und eine weitere Tank-containerstation in Bürri-ger. Begonnen wurde der Umbau schon 2011 – auch dagegen hatte die Bezirksregierung nach Absprache nichts. (tk)

Vier Verkaufssonntage für Wiesdorf erlaubt

Die Debatte im Stadtrat verlief einmal mehr entlang altbekannter ideologischer Fronten

VON BERT-CHRISTOPH GERHARDS UND THOMAS KÄDING

An vier bestimmten Sonntagen sollen Einzelhandelsgeschäfte in Wiesdorf in diesem Jahr anlässlich von Veranstaltungen wieder in genau definierten Gebieten für einige Stunden öffnen dürfen. Mit einer Mehrheit von 29 Stimmen gegen elf Stimmen von SPD, Keneth Dietrich, Gisela Kronenberg und Benedikt Rees hat der Stadtrat am Montagabend einer neu formulierten Regelung zugestimmt, die dieses Mal auch gegen weitere angekündigte Klagen der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi Bestand haben soll.

Im vergangenen Jahr hatte Verdi erneut kurzfristig, aber erfolgreich das Oberverwaltungs-

gericht eingeschaltet, um eine sonntägliche Geschäftsöffnung zu unterbinden. Und die Gewerkschaftsfront steht auch weiterhin entschlossen gegen eine Sonntagsarbeit in Geschäften – zum Schutz der dort Beschäftigten, heißt es.

Das machte vor allem Oliver Rust für die SPD deutlich. Der Verdi-Mann und Betriebsratsvorsitzende bei der Avea gab im Rat den Arbeiterführer, der sich gegen die Ausbeutung von Arbeitnehmern im Einzelhandel stemmt. Diese hätten ein Recht auf Freizeit und Familie. Geschäftsöffnungen an Sonntagen retteten kein einziges Geschäft, wohl aber schränkten sie

das soziale Leben ein. Was Lena-Marie Pütz noch einmal verstärkte: „Ein klares Nein! Wir stellen den Schutz der Beschäftigten voran.“

Heftigen Widerspruch gab es dazu von der CDU. Das Bild einer ausgestorbenen „Geister-City“ mit immer mehr Leerständen beschwor Tim Feister herauf. Er bestritt, dass die Beschäftigten sonntags zu leiden hätten. Sie erhielten immerhin einen Freizeitausgleich und zusätzliche Vergütung, würden oft sogar gern einmal sonntags arbeiten. Sonderöffnungen zu verhindern, bedeute einen weiteren Lockdown für Geschäfte. Stefan Hebbel erinnerte daran,



Frank Schönbberger Foto:rar

zusätzliche Vergütung, würden oft sogar gern einmal sonntags arbeiten. Sonderöffnungen zu verhindern, bedeute einen weiteren Lockdown für Geschäfte. Stefan Hebbel erinnerte daran,

dass der stationäre Handel gerade jetzt in der Pandemie Kunden binden müsse. „Vergessen wir nicht: Amazon liefert immer.“

Monika Ballin-Meyer-Ahrens (FDP) verwies ebenfalls auf die Rückschläge, die gerade kleinere Geschäfte in Wiesdorf während der beiden Jahre in der Pandemie erlitten hätten. Zusätzliche Kaufanreize seien das Gebot der Stunde. Und Andreas Keith (AfD) erinnerte daran, dass Sonntagsarbeit in anderen Berufen pure Selbstverständlichkeit sei, so in der Pflege und bei Service-Leistungen. Dieser Einsatz werde in der Regel auch angemessen zusätzlich vergütet.

Zu Beginn der Sitzung hatte Frank Schönbberger noch den Plan verfolgt, sich persönlich für die verkaufsoffenen Sonntage

stark zu machen. Der CDU-Mann ist ja auch Vorsitzender der Werbegemeinschaft, von dem Votum also betroffen. Mitstimmen durfte er bei diesem Tagesordnungspunkt daher nicht. Aber sich als Chef der Werbegemeinschaft äußern? Das wäre nur gegangen, wenn man die Sitzung für sein Statement unterbrochen hätte. Eine merkwürdige Vorgehensweise, ließ Susanne Weber aus dem OB-Büro durchblicken. Woraufhin Schönbberger auf den Redebeitrag verzichtete.

Für die Verkaufssonntage stimmten diesmal auch die Grünen, die diese bisher abgelehnt hatten. Sie hätten in der Pandemie ihre Meinung geändert, erklärte Christoph Kühl knapp den Stimmungsumschwung in seiner Partei.